



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gregor Guch „Der neue Nationalismus und die Schuldfrage. Wider Fr. W. Foerster. (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.) Eine gründliche Abrechnung mit den pazifistischen Irrgängen Foersters, in die auch der Verfasser der „Tragödie Deutschlands“ gründlich sich verloren hat. Für Guch ist das Grunderlebnis die Not und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und nicht das leere Wort „Menschheit“. Von da aus wird das deutsche Volk gesehen und seine Handlungen bestimmt von der „Verantwortung für die zeitlose deutsche Volksgemeinschaft“. Ein so sittlich geläuterter Nationalismus soll den Egoismus des Einzelnen überwinden. Dieser Weg führt auch viel sicherer zu einer gegenseitigen Achtung und Duldung der Völker, als der inhaltleere Begriff „Menschheit“. Die größte Gefahr für das deutsche Volk sei die, wenn es sich innerlich dem Vertrag von Versailles unterwirft, weil dies schlecht hin Selbstmord bedeutet und eine sittliche Schuld sein würde, die das heutige Geschlecht um vielleicht augenblicklicher „Erleichterungen“ willen vor den kommenden Geschlechtern auf sich laden würde. Daraus erhebt sich die Forderung eines sittlich und verantwortlich begründeten Widerstands gegen die Vernichtung, die der Versailler Vertrag für das deutsche Volk bedeutet. Aus solchem Verantwortungsgefühl müßten alle politischen Handlungen des deutschen Volkes entspringen und es ergibt sich die sehr ernste Frage, wie weit es sich von solcher Einsicht hat leiten lassen, und heute leiten läßt. Die pazifistische Einstellung auf die — „Menschheit“ ist falsch, weil sie nichts Wirkliches hinter sich hat. Sie steht der Not des deutschen Volkes verständnislos oder mit einer harten und grausamen Moral gegenüber. Wer aber in die Tragödie Deutschlands eindringen und dem deutschen Volk helfen will, muß ausgehen von seiner tiefen und wirklichen Not. Er muß auch an die Toten denken, die gefallen sind, damit Deutschland leben kann.

Weltspiegel.

Dezember 1922.

In der Nachkriegszeit folgt ein Kongreß auf den andern, eine Konferenz der Staatsmänner aus den Siegerstaaten auf die andere, und an jede dieser Zusammenkünfte knüpft sich die Hoffnung, daß endlich einmal ein Heilmittel für die Nöte der Welt gefunden werden möchte. Jedesmal aber wird die Hoffnung enttäuscht, weil bei den Hauptbeteiligten der feste Wille besteht, an den Grundlagen des bestehenden Zustandes nicht rütteln zu lassen, während doch eben diese Grundlagen die Ursachen der tiefen Schäden sind, unter denen heute die ganze Welt leidet. Und doch scheint es jetzt, als ob am Horizont der schwache Schimmer eines neuen Tageslichts zu bemerken ist, bestehend in der Wahrnehmung, daß die Einsicht in den wahren Zusammenhang der Dinge und in die Unhaltbarkeit der bisherigen Ideen und Pläne der Siegerstaaten langsam Raum gewinnt. Um das näher nachweisen zu können, müssen wir die Entwicklung der letzten Wochen kurz schildern, indem wir an die letzte Darstellung der Ereignisse, die wir an dieser Stelle am 8. November gaben, anknüpfen. Inzwischen ist die Orientkonferenz in Lausanne zusammengetreten, und gleichzeitig hat in London die Beratung der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Belgien und Italien stattgefunden, die ursprünglich als eine Vorbesprechung und Vorbereitung der längst in Brüssel geplanten Konferenz gedacht war, aber

einen ganz anderen Verlauf genommen und mit einer Vertagung bis zum 2. Januar vorläufig geendet hat.

Zur Erklärung dessen, was in Lausanne und London geschehen ist, sei daran erinnert, daß die englischen Wahlen, die zur Zeit unserer letzten Betrachtung noch bevorstanden, Mitte November stattgefunden und in mancher Beziehung eine Ueberraschung gebracht haben. Keine Ueberraschung war allerdings der Wahlsieg Bonar Law's, obwohl die meisten englischen Beurtheiler ihn sich weniger glänzend vorgestellt hatten, als er in der That ausfiel. Man hatte geglaubt, daß er eine Mehrheit von sicherer und beherrschender Wirkung erst durch den Hinzutritt der Anhängererschaft Lloyd George's, der Nationalliberalen, erreichen würde. Aber schon während des Wahlkampfes änderten die Parteien nach näherer Sondierung der Volksstimmung ihre Taktik: die Konservativen Bonar Law's wurden kühner und selbständiger und traten als Gegner der Nationalliberalen auf, die sich plötzlich in unerwarteter Weise in den Hintergrund gedrängt sahen. Das Ergebnis der Wahlen entsprach dieser Veränderung; die Konservativen erhielten eine machtvolle Mehrheit, während die Nationalliberalen sehr zusammengeschnitten waren; die Volksgunst hatte sich von Lloyd George entschieden abgewendet. Aber auch bei der Opposition gab es eine Ueberraschung. Zwar war von scharfsichtigenden Politikern ein starker Gewinn der Arbeiterpartei vorausgesagt worden, aber die Wirklichkeit übertraf die Vorhersagen; in unerwartet stattlicher Zahl zogen die Arbeitervertreter in das neue Parlament ein. Und so sahen sich die sogenannten Unabhängigen Liberalen, die Anhänger Asquith's, die sich an der Koalition nicht beteiligt hatten, aus der erhofften Führung der Opposition im Unterhause verdrängt. Diese Asquith-Liberalen zogen ohne Mühen die Konsequenz nach der alten englischen Parlamentsüberlieferung. Der Arbeiterführer Ramsay MacDonald ist der Führer der Opposition, der die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen gemeinsam angehören. Die Folge ist, daß die innere Lage eine bedeutende Veränderung erfahren hat. Die Rücksichten, von denen Lloyd George sich leiten ließ, — Ideen kann man es wohl kaum nennen, — sind sehr in den Hintergrund getreten, und die konservative Regierung ist stark genug, um nach den altenglischen parlamentarischen Grundsätzen Politik machen zu können. Es handelt sich nicht mehr um die Augenblickswirkungen einer politischen Routine, die im Vertrauen auf eine glänzende Beredsamkeit die Masse mit sich reißt zu irgendeinem den sichern Erfolg verheißenden Ziel, um dann ebenso schnell und unbeforgt wieder abzuschwenken, sondern um eine stetigere und ruhigere Arbeit in sorgfältiger Anlehnung an den Teil der öffentlichen Meinung, auf den die Regierung sich nach den Grundsätzen der Verfassung zu stützen hat. Das bedingt freilich auch ein anderes Verhältnis zur Opposition, die ihren Charakter diesmal einer sehr bedenklichen wirtschaftlichen und sozialen Erscheinung in England verdankt, nämlich der trotz aller tröstlichen und beruhigenden Versicherungen noch immer sehr bedrohlichen Arbeitslosigkeit. Eine Koalitionsregierung konnte sich leichtfertiger damit abfinden. Eine konservative Regierung, die sich auf politische Grundsätze und wirtschaftliche Interessen bestimmter Kreise stützen muß, findet einen deutlichen innerpolitischen Kurs vorgezeichnet, der durch die Haltung der Opposition mitbestimmt wird. In diesen beiden Einflüssen liegt eine sehr deutliche Mahnung für das Kabinett Bonar Law, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Englands die größte Aufmerksamkeit zu widmen, und dazu gehört die gebieterische Notwendigkeit, alles zu tun, daß im wirtschaftlichen Leben Englands und damit der ganzen Welt

endlich wieder Ordnung geschafft wird. Wir Deutschen haben hierbei gewiß mit keinem Wohlwollen und keiner gefühlsmäßigen Rücksicht von Seiten Englands zu rechnen, und Bonar Law hat sich unsers Wissens niemals als Freund unseres Volkes gezeigt. Es entspricht aber auch nicht dem englischen Charakter und noch weniger den englischen Interessen, nach geschlossenem Frieden die Rückkehr zu geordneten Zuständen den eigenen Bedürfnissen entgegen dadurch zu gefährden, daß man zur bloßen Befriedigung des Nationalhasses und aus leidenschaftlichem Festhalten an einer Lieblingsidee eine bei nüchterner Erwägung deutlich als irrtümlich und unzweckmäßig erkannte Politik weiter verfolgt. Aus der starken Betonung, mit der Bonar Law sein Festhalten an der Entente verkündete, hat man bei uns — wohl auch in Erinnerung an die frühere, bekannte Hinnneigung der englischen Konservativen zu Frankreich — allzu schnell gefolgert, daß Deutschland nach dem englischen Ministerwechsel schlimmer daran sei als früher. Ich habe schon im letzten „Weltspiegel“ angedeutet, daß diese Folgerung nicht notwendig ist, und die weitere Entwicklung hat diese Auffassung bestätigt. So wie die Dinge liegen, ist die ruhige Wahrnehmung des englischen Standpunktes unter Hervorhebung der unzweideutigen Absicht, dabei mit Frankreich gute Freundschaft zu halten, viel geeigneter, den französischen Siegeskoller in die Schranken der Vernunft zu weisen, als die Politik Lloyd Georges, der beständig mit dem Bruch der Entente drohte, aber jedesmal pünktlich umfiel, wenn Frankreich es darauf ankommen ließ und mit verständlichem Hinweis auf seine militärische Macht den Leiter der britischen Weltmacht regelrecht einschüchterte.

Zunächst sah die Entente ihre Aufmerksamkeit gefesselt durch die Orientangelegenheit, die auf der Lausanner Konferenz in Ordnung gebracht werden sollte. Nach mancherlei Hindernissen glückte es, die Lausanner Konferenz am 20. November zu eröffnen. Poincaré erschien selbst an Ort und Stelle, um wenigstens für die ersten Tage die Dinge in das gewünschte Geleise zu bringen. England wurde durch Lord Curzon vertreten, der seine Stellung als Außenminister auch im neuen Kabinett behalten hat, was in diesem Falle ein besonderer Vorteil für England war, aber auch für Lord Curzon selbst, der in ein Kabinett Bonar Law viel besser hineinpaßt, als in ein Kabinett Lloyd George. Zu diesen Vertretern Frankreichs und Englands kam als neuer Mann hinzu der Leiter der italienischen Politik, Mussolini. Sein Auftreten war eigenartig und mag den an die hergebrachte diplomatische Technik und Form gewöhnten Vertretern der alliierten Staaten wohl einige Beklemmungen verursacht haben. Indessen, man verständigte sich, da sich herausstellte, daß Mussolini den entschiedenen Willen hat, an der Entente festzuhalten und vorläufig auf alles zu verzichten, was die mühsam aufrechterhaltene Interessengemeinschaft der Alliierten ernstlich stören und das Werk der Friedensverträge in Unordnung bringen könnte. Und so fand man sich auch damit ab, daß er sehr deutlich und entschieden das Recht Italiens betonte, als gleichberechtigte Großmacht mit eigenen Interessen neben Frankreich und England zu marschieren. Die Vorsicht, die diese Stellungnahme Italiens den andern alliierten Mächten gerade in der Orientfrage auferlegte, wurde zwar sichtlich als Unbequemlichkeit empfunden, aber der Sache ließ sich auch eine gute Seite abgeminnen, und gewiß erkannte Frankreich nicht ohne besondere Absicht zu seinem Hauptvertreter in Lausanne Herrn Barrère, den langjährigen und besonders erfolgreichen ehemaligen Botschafter in Rom.

Für die türkische Regierung, die in Lausanne durch einen besonderen Vertrauensmann Mustapha Kemals, Ismet Pascha, vertreten wird, war es bezeichnend, daß sie sehr energisch zur Entscheidung drängte und mit großer Entschiedenheit und kühner Entschlossenheit ihre keineswegs geringen Forderungen stellte. Sie zeigte, daß sie sich an die früheren Bestimmungen, die der Ententefrieden der Türkei aufzuerlegen versucht hatte, nicht im entferntesten gebunden hielt, sondern Griechenland gegenüber das volle Recht des Siegers aufrecht erhielt. Und nun trat auch der Rückhalt hervor, den sie gefunden hatte. Es war Sowjetrußland, das als Uferstaat des Schwarzen Meeres und mit dem Anspruch, auch die Rechte der Ukraine und Georgiens zu vertreten, seine Interessen als ganz mit denen der Türkei zusammengehend erklärte und mit größter Schärfe seine Zulassung zu den Lausanner Beratungen forderte. Die führenden Ententemächte gestanden dieses Recht jedoch nur soweit zu, als die russischen Interessen nach ihrer Auffassung wirklich berührt wurden. Zu den in Betracht kommenden Fragen gehörte vor allem die Meerengenfrage, an der England sehr stark interessiert war. Rußland und die Türkei forderten gemeinsam die Sperrung des Bosporus und der Dardanellen für fremde Kriegsschiffe im Kriege und unter gewissen Beschränkungen auch im Frieden, volle Verkehrsfreiheit dagegen für Handelsschiffe und das alleinige Aufsichtsrecht der Türkei über die Ausführung der Vereinbarungen. Hier traten nun die englischen Interessen, die ein anderes Ziel verfolgten, bedeutsam in den Vordergrund, und Frankreich benutzte diesen Umstand, um die gleiche Taktik zu versuchen, die Lloyd George seinerzeit in umgekehrter Weise angewandt hatte. Letzterer hatte, um seine Frankreichs Bestrebungen entgegengesetzte Orientpolitik aufrecht erhalten zu können, in der Reparationsfrage Deutschland an Frankreich preisgegeben; jetzt verzichtet Poincaré auf einen Teil seiner Forderungen im Orient, um England in der Reparationsfrage gefügig zu machen. England aber ging auf diesen Handel nicht ein, da sich ihm eine Gelegenheit bot, das scheinbar höfliche Zurücktreten Frankreichs zu einer gründlichen Schwentung im Orient benutzen zu können.

Diese Gelegenheit ergab sich aus einem schweren Fehler der griechischen Revolutionsregierung, die den unglücklichen Ministern und Generalen des vertriebenen Königs Konstantin den Prozeß machte und sie nach ihrer Verurteilung zum Tode sofort hinrichten ließ. Es war der blutige Racheakt einer triumphierenden Partei an ihren unterlegenen Gegnern unter der Maske eines Richterspruchs und wurde in der ganzen zivilisierten Welt mit Recht als ein Mord angesehen, der an den besten Männern Griechenlands, — darunter ein Sunaris, Theotokis usw., also Männer von wohlverdientem internationalen Ruf! — begangen wurde. Sie hatten sich die Politik zu eigen gemacht, die früher unter dem Beifall der Entente von ihrem Gegner Venizelos empfohlen wurde, und zwar geschah dies bekanntlich auf Betreiben — Englands. Die Bestrafung der Männer, die im Vertrauen auf England gehandelt hatten, in Form eines die Empörung der ganzen Welt hervorrufenden Blutgerichts, erschien dadurch als eine schroffe Bloßstellung Englands im Orient durch die griechische Regierung. England rief seinen Gesandten von Athen ab und ließ Griechenland vollständig fallen. Es suchte jetzt die Verständigung mit der Türkei, was nichts Geringeres bedeutet als die Unabhängigmachung seiner Orientpolitik von Frankreich.

Ueber die Lausanner Beratungen selbst läßt sich noch nichts Abschließendes sagen. Es ist hier deshalb vorläufig nur das gesagt worden, was auch auf die Reparationsfrage ein Licht zu werfen geeignet ist. Wir sehen trotz des so stark

betonten freundschaftlichen Einbernehmens zwischen Frankreich und England ein wahrnehmbares Schwächerwerden Poincarés und eine zunehmende Sicherheit und Festigkeit Englands, dabei ein deutliches Auseinandergelhen der beiderseitigen Wege. Und noch eins ist zu erwähnen: das vorsichtige, aber doch entschiedene Hervortreten Amerikas. Man hat in den Vereinigten Staaten inzwischen Deutschlands Lage genauer studiert, man beurteilt jetzt klarer die Zusammenhänge zwischen der Not Europas und gewissen amerikanischen Uebelständen, die man gern beseitigen möchte. Endlich haben die neue Lage in England und die ersten Schritte Bonar Law's und seiner Mitarbeiter in Amerika ein größeres Vertrauen auf die Verständigung der beiden angelsächsischen Weltmächte erweckt. Amerika beginnt daher den so lange festgehaltenen Standpunkt des „Desinteressements“ an den europäischen Angelegenheiten zu verlassen, wozu auch das wachsende Mißvergnügen an der Haltung Frankreichs beiträgt. Der Eindruck, den das Auftreten Clemenceaus auf seiner Amerikareise hervorgerufen hat, hat noch das Letzte getan, um die Abwendung von Frankreich volkstümlich zu machen. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß in allen Ländern — Frankreich nicht ausgenommen — der Sinn für Wahrheit und Vernunft wieder erwacht und das Urtheil überall ruhiger und sachlicher wird, was schon bei der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin im vorigen Monat hervortrat. So dürfen wir auch hoffen, daß der Rücktritt des Cabinets Wirth und die Persönlichkeit unseres neuen Reichskanzlers Cuno gleichfalls ein Moment der Beruhigung und des Vertrauens auf eine Rückkehr der Weltpolitik zur Sachlichkeit bilden werden.

Unter solchen Umständen war die eigentlich zur Vorbereitungs der Brüsseler Konferenz veranstaltete Londoner Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten von ganz besonderer Tragweite. Das Ergebnis war, daß infolge der starren Haltung Poincarés, der an der Forderung besonderer Pfänder und Sicherheiten von Deutschland — worunter niemand etwas anderes verstehen konnte als die Besetzung des Ruhrgebiets — unnachgiebig festhielt, die Konferenz auf den 2. Januar vertagt werden mußte. Die Enttäuschung in Frankreich ist groß, und alles deutet darauf hin, daß die Lage Poincarés trotz einem vielleicht noch zu erlangenden Vertrauensvotum gezählt sind. Ein großer Wendepunkt bereitet sich vor.

W. v. Maffo w.

Literarischer Wegweiser. *)

Geschichte.

Es ist nicht zum Vorteil wirklicher Geschichtserkenntnis, wenn Reklame die zu allen Zeiten höchst kritisch zu betrachtende Denkwürdigkeiten-Literatur in den Vordergrund schiebt. In diesem Jahre beherrschen die Bücher des Kaisers und des Kronprinzen den „Markt“, aber aus beiden wird der ernsthafte Leser wenig unfrisierte Geschichte lernen, weder im allgemeinen

*) Ueber die Unmöglichkeit, derzeit bestimmte Preisangaben zu machen, siehe die Bemerkung in früheren Heften.